

Bundestagsabgeordnete lauschen dem Bahnkrach

Hoher Besuch in der Burchardstraße soll Ordnung ins Lärmchaos bringen / Anwohner fordern Schutzwälle

Von Eleni Christoffers

WALLE. Mehr als ein Dutzend verärgerte Anwohner, Dietmar Kjesa und vier Abgeordnete des Bundestages beratschlagten am vergangenen Montag über die Lärmbelastung im Wohngebiet rund um die Waller Gleise. Bereits im Juni 2011 reichte Anwohner Kjesa seine Petition für einen „lärmschützenden Lärm-schutz in Walle“ ein. Nun soll das Parlament weiterhelfen.

Rund 240 Züge passieren die Burchardstraße täglich und verursachen eine Lärmbelastung, die die Waller nicht länger hinnehmen wollen. Um zu prüfen, ob die Kosten für den geforderten Lärmschutzwall von der Deutschen Bahn übernommen werden müssen, wollen sich mit Gero Storjohann (CDU) nun auch Sonja Amalie Steffen (SPD) sowie Ingrid Remmens und Agnes Alpers (beide Die Linke) ein Bild machen. Dabei sind Ortsbegehungen durch Bundestagsabgeordnete eine Besonderheit.

Ein eisiger Wind umweht den stellvertretenden Vorsitzenden des Petitionsausschusses, Gero Storjohann, und die Anwohner der Waller Wohngegend. Sie fordern die Errichtung eines Lärmschutzwalls, doch ein mardener Bahndamm und kostenintensive Umbaumaßnahmen behindern ein Vorankommen.



Gero Storjohann (CDU) im Disput mit Anwohnern der Waller Trassen.

Foto: Eleni Christoffers

Die Züge scheinen an diesem Vormittag besonders geräuschlos zu fahren und hetzen die Spekulationen an. „Wahrscheinlich haben die das extra gemacht“, mutmaßt eine Anwohnerin. Auch Angela Stoklosinski ist verärgert. Sie lebt seit zwölf Jahren in der Dietrichstraße, die auch zum betroffenen Gebiet gehört. In den vergangenen drei Jahren hat sie eine starke Zunahme des

Güterzugverkehrs festgestellt. „Ich finde es belästigend und belastend“, klagt sie. Wenn Stoklosinski einen Sommerabend im Garten beschreibt, ist Groß nicht fern: „Da hört man sein eigenes Wort kaum.“ Vor allem in der Nacht sei der Lärm unerträglich. Nachbarin Gudrun Lange-Butenschön, die maßgeblich an der Einreichung der Lärmschutz-Petition beteiligt war, berichtet zudem von Ris-

sen in den Hauswänden, die sie auf die Erschütterungen zurück führt, die durch den starken Zugverkehr verursacht werden. „Zwei Weltkriege haben diese Häuser schon überstanden, nun soll es am Schienenverkehr scheitern? Wir haben ein Anrecht auf Lärmschutz“, erklärt sie überzeugt.

Laut Bundesumweltamt beläuft sich die zulässige Höchstgrenze für Geräuschmissionen

in einer reinen Wohngegend tagsüber auf 59 und nachts auf 49 Dezibel (dB). Messungen ergaben am Tage entlang der Waller Trassen jedoch Werte bis über 75 dB. In der Nacht sind es laut Lärmkarten um die 65 dB – fünf mehr, als erlaubt.

Studien ergaben, dass durch Verkehrslärm verursachter Stress das Risiko für Herz-Kreislauferkrankungen erhöht und sich negativ auf das Immunsystem auswirken kann. Das Bundesgesundheitsamt schätzt, dass rund zwei Prozent aller Herzinfarkte durch Verkehrslärm verursacht werden. Hausbewohnerin Lange-Butenschön wurden subventionierte Schallschutzfenster angeboten, „aber ich will doch nicht wie in einem Hochsicherheitsstrafe leben“, echauffiert sie sich. Eine Lösung muss her.

Hoher politischer Besuch scheint nun den Prozess anzukurbeln. „Wir haben heute auf dem Gleiskörper Lösungen erarbeitet“, erklärt Storjohann. Hans-Peter Mester vom Ortsamt West ist froh, dass die Politik zugegen ist und auch Antragsteller Kjesa klingt optimistisch. Gegenüber dem Petitionsausschuss erklärt er: „Es ist machbar. Und es ist möglich, sich rechtlich durchzusetzen.“ Wie auch die übrigen 300 Personen, die seine Petition unterzeichneten, hofft er auf einen positiven Ausgang der Verhandlungen.

Erster Erfolg für Lärm-Petition

WALLE. Zumindest einen Erfolg hat Dietmar Kjesa als Initiator einer Petition an den Bundestag jetzt gebabt. Am Montag kamen Mitglieder des Petitionsausschusses nach Walle, um sich über die Situation vor Ort zu informieren. Rund 2.000 Menschen an der Osterfeuerberger-, Burchardstraße und dem Parallelweg sind dem Bahnlärm dort ungeschützt ausgesetzt. Bei ihrer Ortsbegehung zeigten die Bundespolitiker mehrere Lösungsmöglichkeiten auf. So könnte ein kaum genutztes Rangiergleis geopfert werden, um eine 200 Meter lange Lärmschutzwand zu realisieren. Zudem könnte vielleicht auch ein vorhandenes Gelände als Lärmschutz genutzt werden. Bahn und Bundesverkehrsministerium wollen nun die Lösungsmöglichkeiten prüfen. (mb)